

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 19

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionschluss Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung kostet durch die Post bezogen L. - Mark für das Vierteljahr; Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 20. September 1930
Schriftst. Stelle Deulooer Wall 9 / Fernruf West 57 259

Anzeigenpreis für die sechsgepaßte Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellengelder und Angebote treten die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Gelderungen: Postkonto 3356 Köln

27. Jahrg.

Die christl. Gewerkschaften auf dem Vormarsch

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands legt zum dritten Male sein Jahrbuch vor. Dieses „Jahrbuch 1930“ — enthaltend den Bericht über das Jahr 1929 — überragt mit seinen 380 Seiten die Vorgänger sowohl an Umfang wie auch an Inhalt. Wiederum ist das Jahrbuch in drei Hauptabschnitte gegliedert: Die deutsche Wirtschaft, die deutsche Sozialpolitik und die Organisation der christlichen Gewerkschaften. Jeder Abschnitt ist jedoch erheblich erweitert. Insbesondere hat der organisatorische Teil erheblich gewonnen durch eingehende Berichte der einzelnen Verbände.

Das Jahrbuch 1930 folgt dem Gedankengange, daß keine Organisation, auch nicht die der christlichen Gewerkschaften, Selbstzweck sein kann. Die christlichen Gewerkschaften sind geschaffen, um der Arbeiterklasse die gebührende Stellung im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu sichern. Ihre Aufgabe besteht so darin, Einfluß zu nehmen auf alle Faktoren, die bestimmend auf das Arbeiterleben einwirken. Das Jahrbuch 1930 schildert in eingehender Weise den Stand der deutschen Wirtschaft. Darlegend, welche Haltung die christlichen Gewerkschaften zu den aufgeworfenen Problemen einnehmen, und mit welchen Mitteln sie sich bemühen, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Dasselbe gilt von den sozialpolitischen Fragen. Auch der Abschnitt über die innere, organisatorische Verfassung erschöpft sich nicht in der Feststellung zahlenmäßiger Entwicklung, sondern bringt anschaulich zum Vortrage, wie die gegebene Kraft zum Besten der Arbeiterschaft auf unzähligen Gebieten eingesetzt wurde.

Die organisatorische Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist — wenn man die durch die Wirtschaftskrise bedingten Schwierigkeiten entsprechend würdigt — durchaus zufriedenstellend. Die starke Depression auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigte naturgemäß die Entwicklung. Trotzdem aber wiesen von den drei großen Gewerkschaftsrichtungen der deutschen Arbeiterschaft die christlichen Gewerkschaften den verhältnismäßig stärksten Fortschritt nach. Die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften betrug im Berichtsjahr 25 763, gleich 4 Prozent. Damit hat die christliche Gewerkschaftsbewegung erneut den Beweis erbracht, daß sie in den allgewohnten, soliden, nicht sprunghaften Bahnen der Entwicklung fortgeschritten. Greifen wir unter Ausschaltung der Kriegs-, Inflations- und Deflationszeit

einige Jahreszahlen

heraus, so ergeben sich für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften folgende Mitgliederziffern:

1908	91 440
1908	188 106
1908	264 519
1913	342 758
1926	581 558
1927	605 784
1928	647 364
1929	673 127

Die Fortschritte der Verbände sind nicht gleichmäßig. Je nach der Arbeitsmarktlage und der einflutenden Werbefaßt bewegte sich der Gewinn bis zu 25 Prozent. Einige Verbände vermochten unter den Krisenerscheinungen den alten Mitgliederbestand nicht zu behaupten. Insgesamt gesehen aber, muß die Fortentwicklung, unter Berücksichtigung der oftmals katastrophalen Lage in einigen Gewerben und Industriezweigen, als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Neben doch die Verbände

eine bis heute nie gekannte Arbeitslosigkeit

ihrer Mitglieder. In den einzelnen Monaten des Jahres hatten die Bauarbeiter eine Arbeitslosigkeit, die zwischen 14,06 und 78,07 Prozent schwankte. Die Bekleidungsarbeiter melden 30 bis 50 Prozent ihrer Mitglieder arbeitslos, die Buchdrucker 2,9 bis 6,3 Prozent, die Fabrikarbeiter (arbeitslos und kurzarbeitende Mitglieder) 11,7 bis 38,7 Prozent, die Gasthausangestellten 5,2 bis 5 Prozent, die Grapenarbeiter 12 Prozent Durchschnitt, die Holzarbeiter 22 Prozent, die Lederarbeiter 15,5 bis 20,5 Prozent völlig er-

werbslos, 16,7 bis 35,56 Prozent kurzarbeitend; die Tabakarbeiter 7,3 bis 26,7 Prozent völlig erwerbslos, 15,3 bis 35 Prozent kurzarbeitend. In anderen Verbänden war das Bild keineswegs günstiger. Unter solchen Umständen noch Fortschritte zu erzielen, dazu gehört sicherlich der Einsatz aller Kräfte und das feste Vertrauen zur gewerkschaftlichen Arbeit.

Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr lehrt, daß es am schwierigsten in solchen Krisenzeiten ist, das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaftsbewegung zu wecken. Einige marante Ausnahmen gibt es jedoch auch hier. So haben z. B. die Fabrikarbeiter im Jahre 1929 mehr als 5000 weibliche Mitglieder gewonnen.

Ueber die Höhe ihres Verbandsvermögens machen seit geraumer Zeit die meisten Verbände keine Angaben. Sie lehnen es mit Recht ab, den Gegnern ihre Karten offen aufzudecken und folgen dabei dem Beispiel anderer wirtschaftlicher Organisationen, die solches für ein Gebot tatsächlicher Klugheit halten. Doch läßt sich aus den Angaben der Verbände feststellen, daß die

Entwicklung ihrer finanziellen Verhältnisse

durchaus zufriedenstellend war. Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind gegenüber dem Vorjahre um 20 Prozent gestiegen, dies trotz des erheblichen Ausfalles an Beiträgen durch arbeitslose Mitglieder! Da eine generelle Erhöhung der Beiträge nicht vorgenommen wurde, läßt sich aus dieser Tatsache nur der Schluß ziehen, daß die in Arbeit stehenden Mitglieder freiwillig höhere Beitragsklassen gewählt und gerade in Krisenzeiten darauf sahen, ihrer Beitragspflicht gewissenhaft zu genügen. An Erübrigungen konnten die Verbände insgesamt 4 615 099 Mk. im letzten Jahre buchen.

Die Bildungsarbeit

der christlichen Gewerkschaften steht seit Jahren auf hoher Stufe. Diese Arbeit obliegt an erster Stelle den Orts- und Bezirksstellen. Im Berichtsjahre wurden allein durch die Kartelle 1162 Bildungslehrgänge der verschiedensten Art veranstaltet, an denen sich rund 20 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften beteiligten. Diese Lehrgänge sollen nicht Massenveranstaltungen sein, sondern Einrichtungen zur intensiven Schulung jener Gewerkschaftler, die von ihrer Bewegung als

Arbeitervertreter an wichtige Stellen.

berufen werden. Mit welchem Erfolge diese Schulung im Laufe der Jahre durchgeführt ist, das zeigt die wachsende Zahl der christlichen Gewerkschaftler in den verschiedensten Körperschaften. Allein von den Kartellen wurden u. a. folgende Vertreter solcher Art gemeldet:

8 430	8 430
2 388	2 388
374	374
808	808
101	101
880	880
399	399
866	866
12 708	12 708
2 110	2 110
765	765
233	233
46	46
45	45

Die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften liegt nach wie vor auf dem Gebiete der

Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

In Krisenzeiten allerdings verschiebt sich das Schwergewicht mehr auf die Behauptung des bisher Errungenen, vor allem durch die Sicherung der Tarifverträge. Es gelang in den meisten Fällen auf friedlichem Wege, die gesteckten Ziele zu erreichen. Nur in 181 Fällen waren die christlichen Gewerkschaften an Streiks und in 11 Fällen an Aussperrungen beteiligt. Das will wenig besagen gegenüber den Tatsachen, daß von den christlichen Gewerkschaften Ende 1929

Freie

Gewerkschaftler und Gewerkschaftlerinnen nahmen es uns oftmals übel, wenn wir ihre

Gewerkschaften

als sozialistisch bezeichneten. Im letzten Wahlkampf jedoch hat die „freie“ Gewerkschaftsbewegung selbst hundertfältige Beweise dafür geliefert, daß sie

und Sozialdemokratie

eins sein wollen und sind. Die Presse der „freien“ Gewerkschaften hat es selbst allwöchentlich in die Welt hinausgeschrien: Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei

sind ihrem Wesen nach

eins. In Hunderten von Variationen wurde zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert. Gewaltige Summen Gewerkschaftsgelder wurden der Kasse der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt. Das sind unerwähnte Beweise für die Tatsache: „Freie“ Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind ihrem Wesen nach

und in ihren Zielen eins!

Darum: Christliche Arbeiter! Heraus aus den sozialistischen Verbänden! Schließt Euch den christlichen Verbänden an!!!

1636 Tarifverträge abgeschlossen waren, von denen 562 710 Mitglieder erfasst wurden.

Neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewann das Rechtschutz- und Bildungswesen in den christlichen Gewerkschaften eine bedeutungsvolle Entwicklung. 16 Verbände berichten über

mehr als 350 000 erteilte Rechtsauskünfte,

über mehr als 160 000 angefertigte Schriftstücke in Rechtschutzangelegenheiten und über 30 000 Termine, die für die Mitglieder an Arbeitsgerichten usw. wahrgenommen wurden. Die Erfolge dieser Rechtschutzfähigkeit betragen insgesamt mehrere Millionen Reichsmark, die zugunsten der Mitglieder ertritten wurden.

Das weite Gebiet des Bildungswesens wurde nicht nur von den Kartellen, sondern auch vom Gesamtverband und seinen Landesgeschäftsstellen, den Verbänden und ihren Untergliederungen nachdrücklich bearbeitet, in der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften wohl die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft erkämpfen können, daß aber

die Gleichachtung der Arbeiterschaft von jedem

einzelnen Arbeiter geling erarbeitet werden muß. Bemert sei in diesem Zusammenhang, daß die Bewegung über vier große Filme verfügt, die im Dienste ihrer Bildungsveranstaltungen stehen.

Ein besonders wertvoller Aktivposten der christlichen Gewerkschaften ist der anhaltende

Zustrom an jugendlichen Arbeitern.

Überall regen sich junge Kräfte, um das Erbe der Väter zu erhalten und auszugestalten. Nie zuvor hat das jugendliche Element zahlenmäßig in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine solche Bedeutung gehabt wie heute.

Wegen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiterschaft recht schwierig sein — im Wachstum und Wirken der christlichen Gewerkschaften gibt der Wille kund, die gewerkschaftliche Organisation stark zu halten, damit sie ein brauchbares Hilfsmittel des aufstrebenden Arbeiterverbandes für alle Zeit bleibt. In des sind die christlichen Gewerkschaften nicht nur eine naakte Arbeiterinteressenvertretung. Weil sie bemüht die christlichen Kulturwerte stützen und fördern, sind sie in ihrer Art

die bedeutsamste Organisation, über die das christliche deutsche Volk überhaupt verfügt.

Es gibt in Deutschland keine zweite gemeinschaftsverbundene Gruppe christlicher Menschen mit rund

700 000 Anhängern, die für ihre christliche Ueberzeugung derartige Opfer persönlicher und materieller Art bringen wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Alle, denen daran gelegen ist, daß ein christlicher Volksgeist wieder zum Durchbruch kommt und Wirtschaft und Gesellschaft beherrscht, sollten sich der Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für diese Aufgabe erinnern und es freudig begrüßen, wenn die christlichen Gewerkschaften marschieren und durch ihr Wirken die Arbeitererschaft herausgehoben wird aus wirtschaftlicher Not und sozialer Misachtung.

Die „freien“ Gewerkschaften als Zutreiber der Sozialdemokratischen Partei

Die „freien“ Gewerkschaften leisten seit ihren Gründungstagen Zutreibdienste für die Sozialdemokratie. Zwar leugnen sie es ab, wenn man sie darauf aufmerksam macht. Sie weisen dann gerne auf ihre Satzung hin, nach der sie parteipolitisch „neutral“ sind. Oder sie behaupten, daß in ihren Reihen sich auch christliche Arbeiter befinden, die keineswegs gezwungen werden, Sozialdemokraten zu werden und für die Sozialdemokratie zu stimmen. Das ist Sophisterei. Die „freie“ Gewerkschaftsbewegung hat ideell, finanziell und mit ihrem ganzen Gewerkschaftsapparat stets zur Unterstützung der Sozialdemokratie bereitgestanden. In ihren Versammlungen und Verbandsorganen ist immer eifrig für die Sozialdemokratie geworden worden. Bemerkenswerte Ausprüche ihrer hervorragendsten Führer betrafen die enge Gemeinschaft von Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften. Ausnahmslos sehen ihre leitenden Leute in der sozialdemokratischen Partei. Soll das alles etwa „Zufall“ sein? Man erlaube uns, daraus auf den sozialdemokratischen Charakter der „freien“ Gewerkschaften zu schließen. Und wer es noch nicht wagt, daß die „freien“ Gewerkschaften auf das engste mit der Sozialdemokratie verbunden sind und Zutreibdienste für diese leisten, der könnte es vor der Reichstagswahl erfahren. Wie ist die Hilfsstellung, die die „freien“ Gewerkschaften für die Sozialdemokratie einnehmen, so deutlich sichtbar geworden, wie in diesen Tagen. Eine kleine Blütenlese aus den freigewerkschaftlichen Verbandsorganen soll das beweisen.

Der „Belleidungs-Arbeiter“, das Organ des Deutschen Belleidungsarbeiterverbandes, war in den Wochen vor der Wahl kaum von einer sozialdemokratischen Partei-Zeitung zu unterscheiden. In zahlreichen Artikeln und Notizen hat er für die Wahl von Sozialdemokraten geworben. Wir haben in den letzten Nummern unseres Blattes schon einige Zitate aus dem „Belleidungs-Arbeiter“ gebracht, die beweisen, wie eng die Verbindung zwischen der Sozialdemokratie und den „freien“ Gewerkschaften ist. Vor uns liegt die Nr. 36 vom 6. September. Wollten wir aus dieser alle Stellen wiedergeben, die geschrieben sind, um die Mitglieder des Belleidungsarbeiterverbandes zur Wahl von Sozialdemokraten aufzumuntern, so könnten wir damit Spalten füllen. Nur wenige seien herausgegriffen.

In fetten Schlagzeilen wird Klamme für die Sozialdemokratie gemacht. Es heißt da: „Gegen den Bürgerblock — Für die Sozialdemokratie!“ — „Kollegen, wählt Sozialdemokratie!“ — „Wahlwähler gegen Arbeitsdienstpflicht — für die Sozialdemokratie!“ Man hat selbst die Kosten für Klammern nicht gescheut, um durch Manipulationen die bürgerlichen Parteien lächerlich zu machen und für die sogenannte „Arbeiterpartei“ — die Sozialdemokratie — zu werben. In schlagfertigen Reimen wird das „hohe Lob“ der Sozialdemokratie gesungen. In geradezu demagogischer Weise werden Tatsachen aus dem politischen Geschehen der letzten Monate umgehoben, um die Sozialdemokratie ins rechte Licht stellen zu können und den Mitgliedern die Wahl von Sozialdemokraten schmackhaft zu machen.

Das Organ des „freien“ Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, fordert in ihrer Nr. 30 vom 26. Juli 1930 die „freien“ Gewerkschaftsmitglieder auf, Sozialdemokraten zu wählen:

„Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie besteht es sich ganz und selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.“

Der Vorstand und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, also eine maßgebliche Instanz der „freien“ Gewerkschaftsbewegung, erließ in den freigewerkschaftlichen Verbandsorganen eine am 16. August 1930 balltete Rundgebung, die mit der Aufforderung schließt: „Eure Parole muß sein: Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die sozialdemokratische Partei Deutschlands!“

Die „Bergbau-Industrie“ Nr. 32, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, schreibt: „Die Generalversammlung unseres Verbandes hat sich der einmütigen Ansicht der freien Gewerkschaften angeschlossen, daß für uns bei der kommenden Wahl nur die sozialdemokratische Partei in Frage kommt.“

In ihrer Nr. 35 vom 30. August 1930 fordert die „Bergbau-Industrie“ nochmals die freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter auf, für die Sozialdemokratie einzutreten, indem sie die Parole ausgibt:

„Wir kämpfen für ein freies, sozialistisches Deutschland und deshalb erst recht: Alle Mann an Bord für die Sozialdemokratie.“

Eine Bezirkskonferenz des alten Bergarbeiterverbandes für das Sektorengebiet Kettler faßte eine Entschließung, in der es nach der sozialdemokratischen „Rätkischen Volksstimme“ vom 6. August 1930 heißt:

„Sie fordert daher alle Arbeiter und ihre Angehörigen auf, am 14. September 1930 allein der großen, einigen Arbeiterpartei Deutschlands, der Sozialdemokratie, bei der Wahl zum Reichstag ihre Stimme zu geben.“

Der Vorstand und Beirat des freigewerkschaftlichen Baugewerksverbandes forderte in einer Sitzung am 30. Juli laut „Vorwärts“ vom 1. August 1930 zur Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten bei der kommenden Reichstagswahl auf. Der Vorsitzende dieses angeblich parteipolitisch neutralen „freien“ Verbandes erklärte nach dem Bericht des sozialdemokratischen „Vorwärts“:

„Es gilt nunmehr, für den neuen Reichstag eine starke sozialdemokratische Fraktion zu schaffen. Daran müssen alle freien Gewerkschaften mitarbeiten, folglich auch der Baugewerksbund.“

Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes äußerte sich nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 6. August 1930:

„Angesichts der Bedeutung der Reichstagswahlen... appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die sozialdemokratische Partei... bei der Wahl am 14. September mit aller Kraft zu unterstützen.“

Der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes der deutschen Buchdrucker (freigewerkschaftlich), schreibt in seiner Nr. 69 vom 27. 8. 1930:

„Kollegen, bei aller Wahrung der religiösen Ueberzeugung, am 14. September gehört eure Stimme der Sozialdemokratie.“

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ vom 1. August 1930 berichtet über eine Konferenz der Gewerkschaften und Beiratsleiter, Ortsausschüsse etc. der freien Gewerkschaften in Rheinhalden. Westfalen und Lippe in der zu der kommenden Reichstagswahl Stellung genommen wurde. Nach dem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ verabschiedete sich die Konferenz zu nachrücklicher Wahlhilfe für die sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die „Freie Gewerkschaft“, das Mitteilungsblatt des Ortsausschusses Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt in einer Ausgabe vom 13. August 1930 mit:

„Der ADSB. hat dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei 1 Million Reichsmark überwiesen. Die Gewerkschaften, auch die örtlichen, müssen das übrige tun.“

Der „Gewerkschafts-Bote“, das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksverbandes, gibt in seiner Nr. 35 vom 30. August 1930 die Parole aus:

„Es schließt sich, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei so zu stärken, daß sie die Wirtschaft veranlassen kann, mit einem in seiner Existenz gefährdeten Proletariat für das Proletariat zu produzieren! Deshalb am 14. Sep-

tember alle an die Wahlurnen! Wählt Sozialdemokratie!“

Der „Tabakarbeiter“, das Fachblatt des „freien“ Tabakarbeiterverbandes nahm ebenfalls in seiner Nr. 30 vom 26. Juli 1930 zur Reichstagswahl Stellung. Das Blatt schrieb:

„Am 14. September soll das deutsche Volk sich einen neuen Reichstag wählen... Betonen möchten wir aber jetzt schon, daß es für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Arbeiterinnen nur eine Partei gibt, die ihre Unterstützung verdient, nämlich die Sozialdemokratie. Sie allein ist es, die zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für die Forderungen der freien Gewerkschaften eintritt. Ihren Sieg gilt es deshalb mit allen Kräften herbeizuführen.“

Auch „Der Textilarbeiter“, das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, fordert zur Wahl der sozialdemokratischen Partei auf. „Der Textilarbeiter“ schließt einen Artikel „Reichstagsauflösung und Neuwahl“ in seiner Nr. 32 vom 8. August 1930 mit der Aufforderung:

„Deshalb vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!“

Bei den freigewerkschaftlichen Metallarbeitern hat sogar der Verbandstag, also die höchste Instanz des Verbandes einen Beschluß gefaßt, wonach die Mitglieder aufgefordert werden, am 14. September ihre Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben. Die „Gewerkschaftszeitung“ berichtet über diese Entschließung:

„Der Verbandstag fordert alle Metallarbeiter und ihre Angehörigen auf, in entschiedener Weise für die Sozialdemokratie zu werden, damit diese am 14. September im Parlament so stark wird, um die vorhandenen sozialen reaktionären Maßnahmen zu beseitigen und solche für die Zukunft zu verhindern. Durch einen sozialdemokratischen Wahlsieg muß die Bahn für einen weiteren sozialen und kulturellen Aufstieg des schaffenden Volkes freigemacht werden.“

Der „Vorwärts“, Nr. 406 vom 30. August 1930, bringt eigens einen Artikel „Gewerkschaften und Reichstagswahl“. In diesem Artikel heißt es:

„Wohl noch bei keiner Wahl sind die freien Gewerkschaften so offen und entschlossen für die sozialdemokratische Partei eingetreten, wie jetzt zu der bevorstehenden Reichstagswahl am 14. September. Diese öffentliche Parteinahe der Gewerkschaften für die Sozialdemokratie kommt nicht von ungefähr. Dieselben Gründe, die hauptsächlich zur Auflösung des Reichstages führten, und zwar insbesondere auch Drängen der Gewerkschaftsführer sind es, die die Gewerkschaften geradezu zwingen, alles daran zu setzen, damit die Sozialdemokratie aus der neuen Reichstagswahl stärker hervorgeht.“

Das sind eine Reihe Beweise dafür, daß in Wirklichkeit die freien Gewerkschaften gar nicht gewillt sind, irgendeine parteipolitische Neutralität zu wahren. Sie bekennen sich offen und frei als sozialdemokratisch. Die Beweise liegen um so einwandfreier und handfester, weil sie von den freien Gewerkschaften selbst geliefert werden. Nun sollten endlich auch dem letzten noch freigewerkschaftlich organisierten christlichen Arbeiter die Augen aufgehen. Er sollte einsehen lernen, daß er, ob er will oder nicht, tatsächlich durch seine Organisation in den freien Gewerkschaften die politische Sozialdemokratie mit unterstützt.

Die „freien“ Gewerkschaften werden ob der Wahlhilfe, die sie der Sozialdemokratie leisteten, nicht recht froh werden. Ihre umfangreiche Wahlhilfe hat nicht vermocht, zu verhindern, daß der Sozialdemokratie bei der Wahl die Quittung für die Flucht aus der Verantwortung ausgehakt wurde. Sie hat trotz härtester Wahlbeteiligung als 1928 einen erheblichen Stimmenrückgang und einen fühlbaren Mandatsverlust zu verzeichnen. Der Wettkampf mit den Kommunisten ist ihr schief bekommen. Vielleicht wird sie daraus die Lehre ziehen, daß auch eine harte Partei nicht ungestraft darüber hinwegsehen darf, was dem Staate und dem Wohle des Volkes dient.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung

(Fortsetzung)

Ueber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen ist im allgemeinen wenig bekannt. Frauennarbeit ist in der Wirtschaft, in Handel und Verkehr und in der Verwaltung zur Unentbehrlichkeit geworden. Die Frauen leisten überall produktive Werte von großer Bedeutung. Wenn man aber die Leistung und Gegenleistung abwägt, macht man die Feststellung, daß Frauennarbeit entsprechend ihrer Bedeutung nicht gewertet wird. Frauennarbeit ist fast überall weit geringer entlohnt als Männerarbeit. Teilweise wird die gewerbliche Frauennarbeit sogar noch sehr schlecht entlohnt. Für die Gestaltung der Lebensführung steht den Frauen ein so geringer Betrag zur Verfügung, daß diese nur in ganz bescheidenem Rahmen möglich ist. Es ist demnach gar nicht zu verwundern, daß die Krankenkassen durch die Frauen dadurch am härtesten beansprucht werden. Würden die Frauen besser entlohnt werden, könnte die Ernährung eine kräftigere sein. Außerdem ist die Frau noch neben ihrer Berufsarbeit mit anderen Arbeiten viel zu sehr angekränkt. Sie hat zu wachen und zu plätzen, ihre Kleidung in Ordnung zu halten und in der Hauswirtschaft zu helfen. Wenn sie alleinlebend ist, muß sie sich in der Regel noch selbst beschäftigen. Eine Hilfe für diese Arbeiten kann sie nicht beziehen oder gar die Arbeiten außerhalb des Hauses erledigen lassen. In sehr vielen Fällen haben die berufstätigen Frauen noch Verpflichtungen anderen gegenüber, haben Eltern oder sonstige Angehörige noch mit zu versorgen oder zu unterstützen.

Vielfach begegnet man der Auffassung, daß nur der Mann seinen Angehörigen gegenüber Unterhaltungsverpflichtungen hat. Gewiß trifft das auch in ungezählten Fällen zu. Aber andererseits lehrt die Erfahrung, daß der junge Mann sich viel leichter von den Verpflichtungen den Eltern gegenüber löst und die Gründung einer eigenen Familie anstrebt als die Schwelger, die im Elternhause leben und die Sorge für die Angehörigen übernimmt.

Die Frau steht nicht nur in der Entlohnung schlechter, auch in den Leistungen der sozialen Versicherungen ist sie schlechter gestellt als der Mann. Wenn sie Angehörige mit zu versorgen hat, ist es sehr erschwert, für diese erhöhte Unterhaltungsbedürfnisse zu erhalten. Oft sogar ist die Frau von höheren Leistungen ganz ausgeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände hat sich die Aufgabe gestellt, Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen beizubringen. Sie hat unter ihren Mitgliedern eine Erhebung veranstaltet. Rund 50 000 Fragebogen sind zusammengekommen und bearbeitet. Besonders wertvoll ist bei dieser Erhebung, daß fast alle Berufsstufe erfaßt worden sind. Von der Lehrerin in gehobener Stellung angefangen bis zur einfachen, schlichten Arbeiterin konnten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in dieser Arbeit berücksichtigt werden. Die Erhebung hat eine Menge wertvoller Erkenntnisse gebracht. Von den weiblichen Angestellten sind 25 000 Fragebogen eingeholt worden, von den Arbeiterinnen 12 625. Bei den Arbeiterinnen sind beteiligt: die Textil-, Tabak-, Metallindustrie, das Belleidungsgewerbe, sowie Fabrikarbeit, Landwirtschaft und Heimarbeit.

Zunächst wurde das Alter der Erfaßten und der Familienstand festgestellt. Die Altersgruppen von 18 bis 24 und 25 bis 30 Jahren sind am härtesten berufsaktiv mit 32 Prozent und 32,7 Prozent Anteil. Aber auch von 40 bis 64 Jahren sind noch 24,5 Prozent beteiligt. Der Anteil der verheirateten Frauen beträgt 21 Prozent. Das ist interessant, daß dieser Anteil mit den amtlichen Ergebnissen der Berufszählung übereinstimmt. Sehr wichtig sind die Angaben über die Wochenlöhne. Die Lohngruppe zwischen 21 und 26 RM Bruttolohn ist am härtesten belegt, nämlich mit 28,7 Prozent. Die Arbeiterinnen haben nach erfolgten Abzügen an Versicherungsbeiträgen etwa 18 bis 21 RM zur Bekleidung der Lebenskosten, einschließlich Bekleidung, zu ihrer Verfügung. In der nächsthöheren Gruppe, nämlich 26 bis 30 RM, sind 25,1 Prozent vertreten, und in der nächstniederen, nämlich 16 bis 20 RM, 21,7 Prozent. Der Hauptteil der Arbeiterinnen, 71,5 Prozent, hat also einen Wochenlohn zwischen 16 und 30 RM. Weiter sind die Wohnverhältnisse untersucht. Die Fest-

stellungen ergeben, daß 75,4 Prozent der Ledigen bei den Eltern, bei der Mutter, dem Vater oder sonstigen Verwandten wohnen. Bei dem beheldenen Einkommen ist eine selbständige Haushaltsführung ja auch gar nicht möglich.

Als letztes sind die Unterhaltungsverhältnisse festgestellt worden, und zwar nach folgender Einteilung: 1. die Unterstützung der verheirateten Arbeiterinnen, 2. die Unterstützung der Arbeiterinnen, die in eigener Wohnung, möbliert oder im Heim wohnen, 3. die Unterstützung der Arbeiterinnen, die im elterlichen Haushalt wohnen. Bei den verheirateten Frauen kommt fast immer eine Unterstützung der Familie in Frage. Sie wendet ihren Verdienst meistens ganz der Familie zu. 61 Prozent machten aus diesem Grunde keine Angaben darüber. Aber 39 Prozent gaben ausdrücklich an, daß sie durch den Verdienst teilweise noch andere Personen unterstützen. Von 1254 der ledigen und verwitweten Arbeiterinnen, die im eigenen Haushalt leben, haben 710 Unterhaltungsverpflichtungen, das sind 28,9 Prozent. Die Hauptfrage der Unterhaltungsfrage liegt bei den Arbeiterinnen, die im elterlichen Haushalt leben. Hier muß ein Vergleich mit den kaufmännischen Angehörigen herangezogen werden. Bei der Bearbeitung des Fragebogens wurden als Erfordernis für den Unterhalt im elterlichen Haushalt 100 RM monatlich zugrunde gelegt. Was über 100 RM abgegeben wurde, galt als Unterhaltungsfall. Bei den Arbeiterinnen konnte so nicht erfahren werden. Ein Erfordernis von 15 RM wöchentlich mußte schon genügen. Was mehr abgegeben wurde, ließ eine Unterstützung erkennen. Das ist bei 45 Prozent Anteil der Fall.

Wenn von allen Gruppen die Unterhaltungsbelastungen zusammengerechnet werden, so sind 39 Prozent der erfaßten Arbeiterinnen daran beteiligt. Das ist in Anbetracht des geringen Einkommens, das die Arbeiterinnen haben, sehr viel und zeigt die hohe Verantwortung, die im Arbeiterstande für ihre Familie vorhanden ist.

Die Erhebung ist veranfaßt zu dem Zweck, Material über die wirtschaftliche und soziale Lage der berufstätigen Frauen beizubringen. Die Auswertung dieses Materials wird Aufgabe der Zukunft sein. (Schluß folgt)

„Pitantes vom Deutschen Schneidertag“

Unter diesem Titel bringt der „Bekleidungs-Arbeiter“, das Organ des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, einige Randglossen zu der öffentlichen Hauptversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Schneidergewerbes, die am 14. bis 16. d. M. in Frankfurt a. M. stattfand. Der Berichterstatter (der Bericht ist gekennzeichnet mit B.) glaubt, dabei auch unserem Verbands einige „Liebenswürdigkeiten“ sagen zu müssen. Er kann es nicht vermeiden nicht verstehen, daß man auch als Gehilfenvertreter einer höflichen Einladung zu einer Tagung eines Innungsverbandes Folge leisten darf und auf der Tagung selbst Begrüßungsworte in höflicher Form erwidert. Der Bekleidungsarbeiterverband hatte nach Mitteilung des Leiters der Versammlung wissen lassen, daß er infolge gleichzeitiger Tagung seines Beirates in Dresden keinen Vertreter entsenden könne. Es ist anzunehmen, daß diese Entschuldigung ehrlich gemeint und nicht nur eine Verlegenheitsausrede war. Wir sind jedenfalls der Meinung, daß es auch im Interesse der Gehilfen liegt, wenn ihre Vertreter versuchen, sich auch über die Vorgänge im Lager der Innungen zu informieren, wenn ihnen Gelegenheit dazu geboten wird. Deshalb hat unser Vorstand den Unterzeichneten als Vertreter unserer Organisation zu der Tagung entsandt.

Der Berichterstatter des Bekleidungsarbeiterverbandes scheint in der Versammlung nur das gehört zu haben, was ihm in den Kram paßte und auch dies noch falsch. So hat z. B. der Unterzeichnete, als er auf die Begrüßungsworte des Herrn Kesting erwiderte, von „amerikanischer Verbundenheit“ (diese Worte werden ihm von B. in den Mund gelegt) überhaupt nicht gesprochen. Auch Worte ähnlichen Inhalts sind von ihm nicht gebraucht worden. Um aber Voreingenommenheiten vorzubeugen, gebe ich nachstehend meine Ausführungen in der Versammlung inhaltlich wieder:

„Wenn ich in der Versammlung als Gast weise, so fühle ich mich doch nicht als Fremdling unter den Vertretern des Handwerks. Ich sehe viele Frauen und Männer hier, die früher in der Gehilfenbewegung die Vertretung ihrer Interessen haben und fanden. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Wer als Gehilfe in der Gehilfenbewegung seine Pflicht getan hat, ist auch als selbständiger Handwerker tätiges Mitglied der Handwerkerorganisation.“

Es gibt natürliche Gegensätze zwischen Meister und Gehilfen, insbesondere in bezug auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aufgabe der Führer der beiderseitigen Organisationen ist es, solche natürlichen Gegensätze zu überbrücken.

Daneben gibt es auch Fragen, an deren Lösung beide Teile das gleiche Interesse haben. Es ist z. B. eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Gehilfenhaft ein lebhaftes Interesse daran hat, daß dem Schneidergewerbe wieder ein besserer Resonanzboden verschafft und deshalb an seiner Aufwärtsentwicklung gearbeitet wird.

Geeber die Wege zu diesem Ziele läßt sich streiten, nicht aber über das Ziel selbst. Die in unserem Verbandsorganisierten Gehilfen wünschen jedenfalls, daß die auf das so gekennzeichnete Ziel eingestellten Beschlüsse des Schneidertages von Erfolg sein mögen, damit Arbeitgeber und Gehilfen im Gewerbe wieder eine bessere Ergänzung finden.“

Es waren sinngemäß meine Ausführungen. Ob diese verdienen, eine derart häßliche Glossierung zu finden, wie der Berichterstatter des „Bekleidungs-Arbeiter“ es gibt, überlasse ich getrost dem Urteil der Öffentlichkeit und unserer Mitglieder. Dem Redakteur des „Bekleidungs-Arbeiter“ scheint der Bericht seines Genradesmannes gerade gelegen gekommen zu sein. Sonst hätte er ihm nicht einen bevorzugten Platz auf der ersten Seite der Zeitung eingeräumt. Vielleicht hat er auch geglaubt, die Agitation für die Sozialdemokratie, die der „Bekleidungs-Arbeiter“ vor der Wahl in so karlem Maße betrieb, würde von den Lesern etwas besser verstanden, wenn man wieder eine schlagkräftige „Christenhege“ betreiben würde.

Im übrigen haben wir keine Ursache, die anderen Unzulänglichkeiten in dem Bericht richtigzustellen, soweit sie sich nicht mit unserer Bewegung decken. Hinweisen möchten wir aber noch darauf, daß Vertreter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sehr wohl befähigt und geneigt sind, bei anderen Gelegenheiten „Gastrollen“ zu geben. Mühte sich doch ein Vertreter dieses Verbandes vor einigen Jahren vom Bekleidungs-Industriearbeiterverband beurlauben lassen, daß er einem verstorbenen Arbeiterführer den besten Nachruf gewidmet habe. Warum darf man nicht gegenüber Lebenden ebenso offen sein, als man es gegenüber Toten ist?

Uebrigens sind die „freien“ Gewerkschaften gar nicht immer die „Arbeitgeberfreier“, als wie sie sich so gerne geben. So hatte unlängst die „Buerliche Volkszeitung“ in Buer i. W. dem sozialdemokratischen Bundesarbeiterverband zu seinem 25. Geburtstag eine „vorzügliche“ Festchrift im Umfange von 32 Seiten kostenlos zur Verfügung gestellt. Unsere Tageszeitung, „Der Deutsche“, hatte diese Festgabe festgehalten und einige kritische Bemerkungen dazu gemacht. Damit kam er aber beim Bundesarbeiterverband des Bundesarbeiterverbandes schon an. Der „Korrespondent“ schrieb in seiner Nummer 69/1930 u. a. folgendes: Der Festchrift des „Deutschen“ erschiene es weder moralisch noch in nationaler Hinsicht begründet, daß sie trotz wirtschaftspolitischer Gegensätze zwischen Innungsverband und Arbeiterhaft aus dem täglichen Arbeitsprozeß heraus personelle persönliche Achtung entwickeln und auch praktisch auswirken könne.

Man sollte demgegenüber, daß der Berichterstatter des „Bekleidungs-Arbeiter“ die Erfüllung eines einfachen patriotischen als Harmoniebedeute bezeichnet und ob der beiden den Schneidern die Brust schwellen läßt. Bei einer derartigen Berichterstattung kann es einem natürlich „ganz schmerzhaft zu Mut“ werden. In Frankfurt lag dazu für mich kein Anlaß vor. Auch braucht Er. sich den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, ob ich mir der Tragweite meiner Handlungsworte bewußt war. Wenn die Sekretäre des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes alle ihre Handlungen so gut veranlaßten können wie ich die meinen in Frankfurt, so werden sie keine Kritik ihrer Mitarbeiter zu fürchten haben.

Germann Wollen.

Die Exportförderung beginnt zu Hause!

Die wirtschaftliche Gesamtsituation in Deutschland ist — wenn auch nicht verzweifelt — so doch außerordentlich ernst. Einzelne Wirtschaftszweige leiden besonders stark unter dem Rückgang des Absatzes. Es muß deshalb jetzt besonders scharf geprüft werden, ob alles gegeben ist, um den deutschen Waren in größtmöglichstem Maße zum Absatz zu verhelfen. Uns Deutschen liegt es förmlich im Blute, fest und treu an die Allmacht des Staates zu glauben, und möglichst alle Heil von staatlichen Maßnahmen zu erwarten. Staatshilfe und regulierende staatliche Maßnahmen sind gewiß gut und notwendig, jedoch muß die Selbsthilfe des Volkes beim wirtschaftlichen Niedergang jetzt und in Zukunft ganz anders erfolgen als bisher. Allmächtig muß Klarheit in alle Kreise des Volkes darüber aufkommen, daß der Staat in wirtschaftlichen Dingen nur begrenzte Einwirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten besitzt. Er kann nur gewisse Voraussetzungen und Vorbereitungen für eine gute Entwicklung und Besserung der Wirtschaft mit schaffen helfen. Die eigentliche Sanierungsarbeit aber muß vom Volke, und zwar von jedem einzelnen, geleistet werden. Alle Gesetze und staatlichen Maßnahmen müssen wir selbst umsetzen, wenn nicht jeder Volksgenosse im Geiste unserer Wirtschaftspolitik handelt und wenn sogar in sinnloser Weise von den einzelnen die Wirtschaft geschädigt und die Auslandskonturen gefährdet wird.

Das Grundübel unserer Wirtschaftslage ist der Rückgang des Konsums deutscher Waren. Zur Hebung dieses Konsums müssen jetzt alle unsere wirtschaftlichen Maßnahmen eingestellt werden. Die Fernhaltung der erheblichen Auslandskonturen ist das Problem. Im verflochtenen Jahre betrug die Einfuhr allein an ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen über 4000 Millionen Mark.

Warum deutsche Arbeitslosigkeit?

... Weil Deutschland jährlich für annähernd 3 Milliarden Mark industrielle Fertigfabrikate und 4 Milliarden Mark landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Auslande bezieht.

... Weil die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugnisse nicht los werden kann, solange die deutschen Märkte mit Auslandswaren überschwemmt sind.

... Weil die deutschen Landwirte, die in normalen Zeiten für 1,5 Milliarden Mark Maschinen und für 3 bis 4 Milliarden Mark sonstige Industriegüter beziehen, sich wegen Absatzmangels auf das Notwendigste beschränken.

... Weil in jeder Auslandsware der Lohn für den ausländischen Arbeiter fließt, der dem deutschen Arbeiter verloren geht und ihn brotlos macht.

... Weil die Masse unserer Arbeitslosen sich kaum das zum Leben unumgängliche Notwendige leisten kann und der deutsche Warenabfall infolgedessen immer mehr zurückgeht, was zu weiteren Arbeiterentlassungen führt.

... Weil alle übrigen Länder sich gegen das Eindringen deutscher und sonstiger Auslandswaren mit allen Kräften wehren.

... Weil wir auf der Welt die einzigen sind, die ausländische Waren mit Vorliebe kaufen.

Wenn man sich die statistischen Ausweise über diese Einfuhr näher ansieht, so ist man entsetzt über die Sinnlosigkeit und selbstmörderische Verhängnislosigkeit, mit der hier ein ganzes Volk absichtlich planmäßig darauf ausgeht, die furchtbare Geißel einer immer größer werdenden Arbeitslosigkeit sich selbst zu schaffen und zu erhalten. Seitens der Regierung kann in solchen Dingen öffentlich nicht viel gesagt werden, damit ist nicht gesagt, daß sie schon das Mögliche tut. Um so mehr aber haben die Wirtschaftsführer und jeder einzelne deutsche Konsument die Verpflichtung, sich dazu aufzuheben, die Gestaltung der deutschen Wirtschaftsgeschichte selbst in die Hand zu nehmen, und in klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten so zu handeln, wie es die Lage unseres Volkes erfordert. Die Not der deutschen Wirtschaft wird mindestens solange dauern, wie der übermäßige Konsum ausländischer Waren durch das deutsche Volk anhält. Eine Dröselung der überflüssigen Auslandszufuhr ist nur zu erwarten, wenn jeder einzelne für seinen persönlichen Gebrauch möglichst wenig Auslandsware kauft. Es ist einfach entschädlich, in welsch hohem Maße seit dem Jahre 1913 die Einfuhrdrückstücke allein bei Lebensmitteln betragen. Die nachstehende Tabelle soll dieses klar veranschaulichen:

	1913	1928	1929
Lebensmittel u. Getränke insges.	1738	3500	3119
Wetzer	842	512	387
Weste	406	379	201
Wats	97	230	119
Kartoffeln, frisch	11	28	21
Gemüse (Küchengewächse)	46	229	138
Obst	141	216	204
Süßfrüchte	100	251	243
Fleisch, Speck, Würstwaren	85	162	150
Butter	118	435	457
Eier	37	101	98
Wet	189	284	280
Wein	38	60	58

Singulär kommen noch über 800 Millionen RM, die für ausländische Kraftwagen, Fertigmöbel aus Baumwolle, Wolle, Kosmetika, Parfümerien, Schuhe und Auslandsreisen ausgegeben werden. Also, über 4000 Millionen RM. gehen alljährlich ins Ausland für Waren und Dinge, die entweder überhaupt entbehrlich sind oder in Deutschland selbst hergestellt werden können. Wenn die einzelnen Verbraucher, insbesondere auch unsere Hausfrauen, hierüber Bescheid wüßten, daß deutsche Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter und Bekleidungsgegenstände

gelaufen werden, könnten viele Hunderttausende Deutscher mehr Lohn und Brot finden.

Andere Völker zeigen in dieser Hinsicht ein sehr viel größeres Wirtschaftsverständnis und eine erheblich straffere nationale Disziplin. Es soll hier nicht die Rede sein von dem schiffstigen Italien, wo der nationale Gedanke das Volk in allen seinen Betätigungen beherrscht und wo der Verbraucher ausländischer Waren gewissermaßen verlehrt wird. Aber die Notwendigkeit, den inneren Markt zu schützen und alle überflüssigen ausländischen Waren fernzuhalten, ist eine Forderung, die fast in allen Staaten durchgeführt wird, mögen ihre politischen Verfassungen in einzelnen Fällen voneinander abfallen verschieden sein. Man stelle in diesem Zusammenhang mit dem nur auf den Export angewiesenen England Vergleiche an und schaue im Osten nach Rußland, Polen sowie nach den skandinavischen Staaten und nach Frankreich und Amerika. Alle diese Staaten wachen ängstlich über die Aufnahmefähigkeit und Sicherung ihres inneren Marktes, und was dort Fülle nicht vermögen, wird erst durch nationales Selbstbewußtsein und vor allem durch wirtschaftliche Erkenntnis. Diese Länder haben gar nicht die Furcht, die bei uns andauernd vorherrscht, wir könnten irgendwo anstoßen, wir könnten unsere Export gefährden und Gegenmaßnahmen heranzuführen. Selbstverständlich handelt es sich nicht um einen Boykott ausländischer Waren, sondern um die Vermeidung überflüssiger und schädlicher Einfuhr und unnötigen Verbrauchs. Und schließlich muß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erkennen, daß, so sehr wichtig der Export für uns sein mag, doch auch der Satz richtig ist, daß die Exportförderung bei uns zu Hause zu beginnen hat. Was nützt es, wenn wir in allen möglichen Ländern mit großen und kostspieligen Organisationen die Ausfuhr fördern wollen, und unserer viel wichtigeren Innenmarkt, der sonst über 80% unserer Erzeugung selbst aufnahm, gebantenlos und kampflös der Auslandsware überlassen. Der frühere Leiter unserer Außenpolitik und damit auch der Außenhandelspolitik, der verstorbene Reichsminister Dr. Stresemann, hat noch kurz vor seinem Hinkeben in leidenschaftlicher Weise gefordert, daß das deutsche Volk zur Selbstdisziplin und Beschränkung im Verbrauch ausländischer Waren erzogen und angehalten werden muß.

Jeder in diesen Dingen klar sehende Volksgenosse hat die Verpflichtung hierzu, und Millionen Arbeitslose verlangen es!

Wird er kommen?

Nämlich der Preisabbau. Entschleunigungen bringen ihn nicht zustande. Sie sind nur Willensenthebungen. Ob sie zu Erfolgen führen, das hängt ab — von der Hausfrau.

Dein erstauntes Gesicht, liebe Leserin, beweist mir schon, daß ich recht habe. Denn aus Unwissenheit haben schon manche Hausfrauen Preisentlagen verhindert. Für die Hausfrauen aber, die es recht verstehen, ist die Verbilligung schon längst in Kraft getreten.

Wo liegt nun der Fehler? Wenn dir der Bauer gewässerte Milch liefert, so suchst du dir einen anderen Lieferanten. Der Antreiber, der dir zu teuer war, dem gibst du keinen zweiten Auftrag. Aber die großen Firmen, die deine Seife, deine Nudeln, deinen Maßkaffee usw. herstellen, denen gibst du deine Aufträge getreulich weiter, auch wenn du weißt, daß sie dich überfordern. Und solange das der Fall ist, sind diese Unternehmungen kaum genug, um am Preisbilligkeit festzuhalten. Also: Kaufe keine über teuerten Artikel mehr!

Zu diesem Entschluß (das ist mehr als „Entschleunigung“) gehört ein kräftiger Aus. Denn wir glauben ja gern der Reklame, die uns über den hohen Preis hinnetzt mit der Aussicht, das Fabrikat sei „das beste“, es sei „elegant in seiner Art“ und „unübertroffen“. Aber wir müssen uns freimachen vom Einfluß der Reklame. Wir müssen selbst prüfen, ob dieses oder jenes Produkt besser ist. Und wir müssen von vornherein bereit sein, von zwei gleichwertigen Artikeln den billigeren zu bevorzugen. Diese Bestrebungen werden in den Konsumgenossenschaften seit Jahren gepflegt. Nicht nur die genossenschaftlichen „Markenartikel“ (Bespagnadungen), auch bei der losen Ware wird auf höchste Qualität geachtet. Und die Preise für Waren in Bezug auf Qualität, die den üblichen Markenartikeln die Wage halten, sind für ausgemogene Qualitätsware, liegen weit unter den üblichen. Hier hat die Hausfrau schon seit langer Zeit die Möglichkeit, billiger einzukaufen. Und was sie trotzdem mehr bezahlt, als durch Kohpreis und Unkosten gerechtfertigt ist, das bekommt sie am Jahresabschluss zurückgekauft. 1929 wurden in den Konsumgenossenschaften unseres Reichsverbandes 10,1 Mill. Mark Rückvergütung gezahlt. Es liegt also schon im Interesse des einzelnen Haushalts, Mitglied der Genossenschaft zu werden. Es bringt sofort große Verbilligung für die Familie. Aber auch für den Preisabbau auf der ganzen Linie ist das bedeutungsvoll. Unsere Konsumgenossenschaften sind die einzigen Warenemittler, die gegen Preisentlagen und Reklameunfliten vorgehen. Wer sein Interesse und seine Kaufkraft dieser Bewegung zuwendet, der stützt sie und hilft, daß sie durch Konkurrenz die anderen Unternehmen zu gerechteren Preisen zwingen können.

Die gemeinsame Entschleunigung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führer betr. Preisentlagen kann nur zum Erfolg führen, wenn unsere einzelnen Haushaltungen entsprechende Entschlüsse fassen und durchführen.

Zarfbewegungen

Nach den Seeresbetrieben

Für die Betriebe des Reichswirtschaftsministeriums besteht ein eigenes Abkommen für das Gebirgsverfahren. Es handelt sich hier hauptsächlich um Arbeiten, welche im Ausland getätigt werden, aber im Ergänzungsabkommen bisher nicht enthalten sind. Die Vorschriften für das Gebirgsverfahren sind schon seit längerer Zeit reformbedürftig.

„Es geht nicht!“ sagt der Pessimist.
 „Es geht!“ meint wohl der Optimist.
 „Es ging!“ spricht der Mann der Tat.
 Der schnell gehandelt und nicht geklagt.

Willehn.

Darum haben die Arbeitnehmerorganisationen einen neuen Entwurf über das Gehaltensverfahren in den Betrieben des Reichswehrministeriums ausgearbeitet und dem Reichswehrministerium unterbreitet. In diesem Entwurf sind die Wünsche der Kollegen nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Nun hat auch das Reichswehrministerium einen Gegenentwurf den Organisationen zugehen lassen, aus dem zu entnehmen ist, daß das Reichswehrministerium viel weiter nicht die Forderungen der Organisationen erfüllen will.

Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen über die beiderseitigen Entwürfe in nächster Zeit aufgenommen werden.

Lohnverhandlungen für die Damenhutindustrie.

Am 28. und 29. August fanden in Bad Schandau Verhandlungen über den Zeit- und Stüchtlöhntarif statt. Bei den vorliegenden Anträgen war vorzusehen, daß die Verhandlungen sich äußerst schwierig gestalten würden. Seitens der Arbeitnehmer war eine Erhöhung der Zeit- und Stüchtlöhne um 15 Prozent gefordert, während die Arbeitgeber einen Lohnabstufung von 8 Prozent beantragt hatten. Außerdem waren eine Reihe Anträge beider Parteien zum Stüchtlöhntarif zu behandeln.

Angeichts der Tatsache, daß die bestehenden Lohnsätze zunächst bis zum 30. November 1930 Geltung haben, war ein neuer Abschluß nicht dringlich. Die Verhandlungen sind auch, abgesehen von einigen Punkten, über welche eine Einigung erzielt wurde, ergebnislos verlaufen. Am Schluß der Verhandlungen kündigten die Arbeitgeberverbände das Lohnabkommen vom 20. Februar 1929 mit dem Ablaufstermin zum 30. November. Bis zu diesem Termin werden die Parteien nochmals Gelegenheit nehmen, in einer Verhandlung über die Anträge zu beraten.

Für die Arbeitnehmer der Damenhutindustrie muß der Verlauf der Verhandlungen ein neuer Ansporn sein zu intensiver, gewerkschaftlicher Betätigung, um den Unternehmern zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, eine Lohnsenkung in Kauf zu nehmen, ohne daß dafür die Voraussetzungen gegeben sind.

Die Positionen, über die eine Einigung erfolgen konnte, sind:

1. Die Nähelöhne werden, auf 100 Meter umgerechnet, in einen etwa aufzubekommenden Tarifvertrag eingeleitet.
2. Für die Regelung der Garnierelöhne (Zütlern) wurde eine Kommission eingeleitet, die Erhebungen in den Betrieben anstellen und die Grundlage für eine Regelung ausarbeiten soll.
3. In den Positionen 30, 30a, 32 und 33 wird die letzte Rubrik: über 20 mm, abgeändert in: bis 25 mm, und der Zusatz unter die vier Positionen gesetzt: über 25 mm breite Stoffe sind betragsmäßig zu regeln.
4. In der Position 30: Logal-Quantitätsgeflechte, werden die Anita-Lohnsätze für 100 Meter folgendermaßen neu geregelt: bis 18 mm bisher 154, jetzt 153 Pf., über 25 mm bisher 210, jetzt 215 Pf.
5. In der Position 30a: Pedaline, werden die Löhne bis 7 mm lauten:

O bisher 67, jetzt 64 Pf.; U bisher 74, jetzt 70 Pf.

A.

bisher 121, jetzt 115 Pf.

6. In der Position 36: Formenschläge für Nähen, wird der Satz unter: Schwierige Einlegerformen usw., folgendermaßen lauten: Formen mit mehr als zwei Einlegern, oder bei denen der Einleger breiter als je zwei Zentimeter ist, sind als schwierige Einlegerformen gestaffelt nach der dafür aufgewendeten Zeit zu bezahlen. Glatte Formen mit zwei Einlegern, bis je zwei Zentimeter breit, sind zulagsfrei.
7. In den Positionen 53 und 54 und dann analog in den Positionen 51 und 52 sollen folgende Veränderungen vorgenommen werden:
Position 53: Damenhüte mit Ladappretur:
Kopfgaar und Crinolengeflechte:
91-101 104-110 104-114 118-131 139-155
Position 54: Damenhüte mit Keimappretur oder Ladappretur oder Reimdecken:
Kopfgaar und Crinolengeflechte:
133-148 147-163 147-163 160-178 188-200

Die bisherigen Titel in den Zehnerpositionen: Biskawollgeflechte sollen abgeändert werden und heißen: Biskawollgeflechte, Wollgeflechte, Wolltascheln, Pedaline und Japanflorina.
Für diese Regelung wurde ins Protokoll aufgenommen, daß unter Wolltascheln nicht zu verstehen sind: reine Barmer Elfenhaarflorinen (Pos. 31 der Näherei) und reine Barmer Elfenhaarwolltascheln (Pos. 32 der Näherei). Der Lohnsatz über 85 Pf. aus Position 54 zum Beispiel soll nur für nicht einwandfreie Ware in Anwendung gebracht werden können.

Vierter Landesjugendtag der Christl. Gewerkschaften Niederschlesiens

Am Sonntag, den 18. August veranstaltete der Landesauschuß Niederschlesien der Christlichen Gewerkschaften den vierten Landesjugendtag in Waldenburg. Trotz dem sehr schlechten Wetter war die Beteiligung eine sehr gute. Schon bei den Gottesdiensten in der katholischen und evangelischen Kirche zeigte es sich, daß sehr viel jugendliche Mitglieder aus allen Teilen Niederschlesiens gekommen waren. Der größte Saal von Waldenburg "Eckstein" erwies sich für die Teilnehmer als viel zu klein. Hunderte mußten auf den Galerien und in den Gängen stehen.

Landesjugendleiter, Gewerkschaftssekretär Hübner-Breslau, begrüßte die Festteilnehmer, besonders die Vertreter der Behörden und sonstige Körperschaften. Als Vertreter der Regierung in Breslau war Oberreg.-Rat Wegdam erschienen. Das Arbeitsamt Glatz war durch Direktor Gottschalk vertreten. Als Vertreter der kirchlichen Körperschaften erschienen Kuratus Linke, Breslau, für die katholischen Arbeitervereine, Pfarrer Jorell, Breslau, für die evangelischen Arbeitervereine, Pastor Schäfer als Vertreter der evangelischen Ortsgemeinschaft.

Reichsjugendleiter Siders, Essen, vom Gewerbetreibenden Christlicher Bergarbeiter, hielt die Festrede. Er erinnerte an die Zeit vor 35 Jahren und zeigte der Jugend, was durch zähe und ausdauernde christliche Gewerkschaftsarbeit

erreicht worden ist. Wir leben in einer Zeit, in der die Jugend im Mittelpunkt des Interesses und des Geschehens steht. Vieles muß noch für die wertvolle Jugend getan werden. Die rationalisierte Wirtschaft hat die Jugend zu zeitig in den vollen Dienst eingepaßt, und man gibt ihr nicht genügend Zeit, sich körperlich und geistig zu entwickeln, damit sie ihren Aufgaben gewachsen ist. Eine längere Urlaubsdauer muß unbedingt den Jugendlichen gewährt werden und es muß aufföhrn, daß Jugendliche in Fabriken und Büros nach 10-12 Stunden beschäftigt werden. Die Jugend hat ein Recht auf Freude und Erholung. Die Forderung nach ausreichendem Urlaub ist eine alte Forderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat für die christliche Gewerkschaftsbewegung eine sehr große Bedeutung. Um dieses Ziel zu erreichen muß mit den konservativen Jugendverbänden treue Waffenbrüderschaft gehalten werden. Mit den begeisterten Worten des Arbeiterdichters Wieprecht „Jugend der Arbeit ring' dich empor, trage dein Banner durch's leuchtende Tor, des ewigen Glücks schwebt dir voran, christliche Jugend bring deine Bahn' lachend der Rehner die Festrede, auf die nicht endenwollender Beifall folgte.

Begrüßungsansprachen hielten Oberregierungsrat Wegdam, Kuratus Linke, Pfarrer Jorell, Pastor Schäfer und Herr Eisner als Vertreter des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Der Vorsitzende des Landesauschusses Niederschlesien der christlichen Gewerkschaften, Gauleiter Kabus, Breslau, wies darauf hin, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung trotz aller Schwierigkeiten auch in Schlesien im Jahre 1929 gut vorwärts gekommen ist. Es ist eine Mitgliederzunahme von über 4000 zu verzeichnen und dazu stellte die Jugend einen wesentlichen Teil. Die Beteiligung an dem diesjährigen Landesjugendtag beweist, daß es vorwärts geht.

Glückwünschrufen vom Landeshauptmann und dem Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien sowie einer ganzen Reihe anderer Persönlichkeiten wurden hierauf verlesen. Die Rede zweier neuer Mitglieder der Ortsleitung von Frankenstein und Jauer nahm hierauf Reichsjugendleiter Siders vor. Mit dem Abhängen des Deutschlandstedes wurde die imposant verlaufene Rundgebung geschlossen.

Nun folgte der große Festzug durch die Straßen von Waldenburg nach Niederhermsdorf, der diesmal nach Berufsgruppen geordnet war, und an die zweitausend Teilnehmer zählte. In mustergültiger Ordnung, von der Bürgerlichkeit von Waldenburg mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, bewegte sich der Zug zu seinem Ziel, dem Lokal „Blüchli" in Niederhermsdorf. Dort entwickelte sich ein reges Leben und Treiben. Bei Konzerten und Spielen verging nur zu schnell die Zeit.

Am Nachmittag traten die Jugendführer zu ersten Beratungen zusammen. Auch hier hielt Reichsjugendleiter Siders einen Vortrag über die zukünftige Jugendarbeit. Die rege Aussprache zeigte, mit welchem Eifer an den einzelnen Orten gearbeitet worden ist. Neue Anregungen wurden gegeben, so daß mit einer weiteren ergreifenden Arbeit gerechnet werden kann.

Zum Landesjugendleiter wurde wiederum Gewerkschaftssekretär Hübner, Breslau, gewählt. Als Tagungsort für den 5. Landesjugendtag, der am 1. Sonntag im August 1931 stattfindet, wurde Breslau gewählt.

Eine zeitgemäße Bildungsmöglichkeit

Fernunterrichtskursus. Am 1. Oktober d. J. beginnt der neue Fernunterrichtskursus der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin-Charlottenburg, Spanbauer Chaussee 33, Schloß Ruhwald. Es ist dringend zu empfehlen, daß sich die jüngeren Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung daran beteiligen und sich diese Bildungsmöglichkeit nicht entgehen lassen. Der Fernunterricht vollzieht sich in der Weise, daß den Teilnehmern monatlich ein Thema zur schriftlichen Bearbeitung gestellt wird. Diese Arbeiten werden dann zurückgeschickt mit einer Begutachtung, aus welcher der Verfasser nicht nur seine Fehler, sondern auch die Wege zur Behebung der bei ihm etwa vorhandenen Mängel im Stil, im Ausdruck und in seinen Kenntnissen erkennen kann. Der Fernunterricht ist erfahrungsgemäß ein gutes Mittel, um den jungen Gewerkschaftler auf staatsbürgerlichem, sozialpolitischem, volkswirtschaftlichem und arbeitsrechtlichem Gebiete eine Weiterbildungsmöglichkeit zu geben. Nicht nur für diejenigen, die vielleicht später den Hauptlehrgang der Wirtschaftsschule besuchen wollen, sondern gerade auch für diejenigen, welche aus wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen die Wirtschaftsschule selbst nicht besuchen können, bietet die Teilnahme am Fernunterricht großen Nutzen. Die Kosten betragen monatlich 2 RM und können arbeitslosen und wirtschaftlich besonders schlecht gestellten Teilnehmern auf Antrag erlassen werden. Baldige Anmeldungen sind zu richten an die oben angegebene Anschrift der Schule.

Rundschau

FR hat notwendig?
Deutschland führt für über 4.000 Millionen Mark landwirtschaftliche Produkte und für 3.000 Millionen Mark industrielle Erzeugnisse ein. Das bedeutet einen gewaltigen Anfall an deut-

licher Produktion. Darin liegt zu einem wesentlichen Teil unsere große Arbeitslosigkeit mitbegründet. Das kann ja nicht weiter geben. Wir müssen den Verbrauch fremder Waren einschränken und unsere eigenen Erzeugnisse kaufen.

Beitragsleistung

Der 23. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 21. bis 27. September, der 40. für die Woche vom 28. September bis 4. Oktober.

GEDENKTAFEL

+

Es starb unser treues Mitglied
Anna Kohnagen, Berlin

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren

R h e u m a

Ischias, Gicht, Hexenschuß Nerven- und Muskelschmerzen aller Art. Alle diese Schmerzen beseitigt

unvergleichlich schnell mein giftfreies, absolut unschädliches, ärztlich geprüftes und glänzend begünstigtes Spezialpräparat.
Wollen Sie gesund werden!

Dann machen Sie sofort einen Versuch mit meinem in tausend Fällen erprobten Spezialmittel - Keine Tee- und Einreibekur. Leicht und bequem, in Kapseln einnehmbar.

Unbeschreibliche Freude

leuchtet aus den vielen Dankschreiben derjenigen hervor, die durch mein Präparat von schrecklichem Qualen befreit wurden.

Wir können nichts verschenken!

denn es ist besten Qualitätsware... aber wir zahlen jedem den vollen Betrag zurück, der bei richtiger Anwendung keinen Erfolg erzielt. Schreiben Sie noch heute, damit wir es Ihnen morgen schon senden und Sie übermorgen bereits den Segen der unvergleichlich wirkenden Präparate erleben. Schauen Sie nicht die geringe Ausgabe, wenn Sie sich damit das höchste Gut der Menschheit, die Freude am Leben so schnell wieder erwerben können. Auch wenn Sie jahrelang an's Bett gefesselt sind, Ihr Leiden noch so alt und hartnäckig ist, ich befreie Sie von dem Fohren Ihrer Krankheit. Menschen zwischen 60-80 Jahre haben die Freude am Leben zurückgewonnen und schreiben begeistert von dem Wunder der Heilung und der prompten Beseitigung der Schmerzen.

Ärztliche Literatur gratis.
Versand des Präparates (Preis RM. 6.-) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versand-Apothek

**Max Zeidler, Wandsbek (H 879)
L ö w e n s t r a ß e 24**

Die Moden-Rundschau

Beste und billigste Fachzeitschrift

für jeden Meister und Zuschneider sowie für jeden Schneider und Schneiderin. Dieselbe wird vom Verband der Zuschnneider, Zuschneiderinnen und Direktoren, Str. Hamburg, herausgegeben. Sie kostet im Jahresabonnement

5,00 Mk. im Jahr

Sechsmal im Jahr erscheint ein Doppelheft

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß wir unter Mithilfe bester Fachleute in dem kommenden Jahr die Fachabend-Böcke in der Zeitschrift noch wesentlich besser ausgestatten werden. Kein Schneider und keine Schneiderin sollte verpassen, die Zeitschrift zu bestellen. Preis für Mitglieder der Verbände Mk. 5,00

Bestellungen sind zu richten:

**Verlag: Die Moden-Rundschau, Hamburg II
Admiralstraße 19 II**

Priv. Zuschneide-Schule der Zuschnneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen

Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst

Beginn neuer Kurse am 1. und 15. jeden Monats

SOBEN ERSCHENEN:

Handbuch für die Herrengarderobe

Konfektion, Uniformen, Amtstrachten, Berufskleidung
Ausgabe VII, 350 Seiten Inhalt, über 350 Darstellungen
Modernst. Nachschlagewerk, zum Selbstunterricht geschrieben

Preis: 20.- Mark

Prospekte durch die Geschäftsstelle, Köln a. Rh., Neumarkt 27/29